



# AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Thüringer CDU benutzt  
Hasswort Sicherheit

Falschmeldung über  
den Protest der Bauern

Überlegungen über  
eine Modernisierung  
der Landesverfassung



## Kann das hinkommen, siebzig Prozent, immerhin 70%, der Jenaer Polizisten erwägen zu kündigen?

Das sind halt so die Jenaer Gesprächsfäden, nicht belastbar und ohne Quellen, nur Gehörtes und Weitergesagtes. Niemand hat die siebzig Prozent ausgerechnet, es gibt keine Statistik.

Von den siebzig Prozent wird rund niemand wirklich kündigen, nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit daran denken, dass die Möglichkeit besteht.

Innere Kündigung nennen es Psychologen, wenn man dem äußeren Anschein nach auf Arbeit kommt, aber den Bezug zum Job verloren hat. Das ist bei Polizeibeamten besonders bemerkenswert, denn niemand ist zufällig in diese Laufbahn geraten. Aussichten auf Pension und Privatpatienten-

status mögen eine Rolle spielen, aber die hat man auch als Lehrer mit noch besseren Gelegenheiten, sich in Burn-out zurückzuziehen. Polizist wird man nicht ohne das Ansinnen zu helfen und zu schützen. Und zwar nicht zuerst den Politikern zu helfen und die Herrschenden zu schützen. Jedenfalls war es in einer vorlinksgrünen Gesellschaft so.

Dreißig Prozent sind demnach in dem Sinne Polizist, wie unsere Justizministerin als solche gezählt wurde. Alles Schätzwerte und Stimmungen, ohne feste Messbarkeit.

Aber was es gibt, sind Jenaer Polizisten. Die sind der örtlichen Bescheuertheit unmittelbar aus-

gesetzt. Polizisten, denen unbehaglich dabei ist, die Polizei zu sein, das ist ein Symptom des gesellschaftlichen Verfalls in der mittleren Stufe. Polizeibeamte stehen zu der politischen Führung in dem Unterordnungsverhältnis, das sich die Führung für die gesamte Gesellschaft vorstellt und wünscht. Zur politischen Gefügigkeit gezwungen, für ihre Realitätsnähe verachtet. Wenn sie Verhaftungen, volksmundig für vorläufige Festnahmen, vornehmen, entscheidet die Partei- und Staatsanwaltschaft nach der vorgegebenen Auslegung von Recht und Gesetz darüber, ob die Schützlinge der Oberklasse nicht schon genug diskriminiert wurden und vielleicht von der Polizei nach denselben Profilen verfolgt wurden, nach denen die Ministerin zu ihrem Amt kam.

Hass auf die Polizei an die Wände zu sprühen, ist in Jena legal, den Eindruck gewinnen die Kampfservanten der Partei.

Angriffe gleich welche Art werden heruntergespielt, und zwar durchweg, von Presse und Politik. Ob es noch eine restliche Gesellschaft gibt, die das nicht tut, spielt keine Rolle. Die schweigende Mehrheit ist still, da kann sie so viel mehr sein, wie sie will. Für die sollen sich Polizisten einsetzen, warum?

Ab und zu bemüht sich mal ein Sprechendes, beide Seiten zur Mäßigung aufzurufen.

Aber wenn sie kündigen, müssen sie auf andere Art für die alle arbeiten, das wird sie abhalten. ●





## Noch kein Jenaer Personal bei der Werteunion-Partei

Das hätten Sie jetzt zuerst von uns erfahren können, wer bei der Werte-Union die örtliche Ortsgruppe wäre. Nun erfahren Sie eben, dass es noch keine gibt.

Die legen nicht so den angebrachten Wert auf Öffentlichkeitsarbeit, die denken, die Leute wollen Inhalte und Freiheitlich-Demokratische Grundordnung und Abkehr vom Rechts-Links-Gequatsche. Kann ja sein. Aber erfahren werden sie es nicht, dafür ist ziemlich vorhersehbar, dass der Begriff „brandgefährlich“ und „Verschiebung nach steuerbord“ jetzt noch häufiger in der Zeitung zu lesen sein wird, falls da jemand hineinguckt. Originell war die FAZ, die meinte, dass die CDU nach der Abkehr von Merkel all das hätte, was die WU wolle. Gerade als der CDU-Generalsekretär die Remerkelisierung verkündete. Ist aber nicht unser Humor.

Wer sich mit Kompetenz engagieren möchte, kann also. Die haben Platz. ●

## Besprühung

Die Bauruine am Inselplatz wurde von mutmaßlich Unbekannten eines Nachts am obersten Geschoss mit Farbe und polizeifeindlichen Codes besprüht. Viele fragen sich, wie Ramelow dort hinaufkommen soll, um sich daneben fotografieren zu lassen.

## Noch eine

Die Seite der Einkaufspassage am Campus wurde mit einer Wellenlinie über 45 Meter und einem Schriftzug besprüht, der Staatsschutz ermittelt. Wenn man möchte, dass der Staatsschutz wirklich ermittelt, muss man die Information verbreiten, der Schriftzug bedeute „Alle Corona-Akteure Bestrafen!“

## Ministerbesuch

Umweltminister und Theaterwissenschaftler Stengele besuchte Jena, um sich einen

Überblick über die Gesamtlage beim Hochwasser zu verschaffen. Hier war es nicht weiter schlimm, aber auch das gehört ja zur Gesamtlage. Es war nicht so trocken wie die Theaterpraktikantin. In andere Regionen wäre er gar nicht hingelangt wegen der Straßensperrungen. Als Grünen-Politiker bevorzugt er einen Besuch in Jena, wo man glaubt, dass er sich dafür einsetzt, dass das Klima solche Hochwasser nicht mehr machen wird.

## Strohhaufen

Vor dem Sitz der Jenaer Grünen wurde ein Strohhaufen abgelegt. Offenbar wollte jemand die Fassade verschönern.

## Auswechslung

Der örtliche Fußballigist hat das Trainerteam freigestellt. Dass das so einfach gemacht werden kann, ist der Grund, warum es heißt: Politik ist kein Fußballspiel.



# Gegendarstellung

## Die Bauern demonstrieren nicht gegen die Sparpolitik, wie von der Zeitung behauptet, sondern gegen die Plünderpolitik

Einsparungen, gegen die angeblich die Bauern protestieren, das klingt nach verminderten Ausgaben des scharf rechnenden Staates, ideologisch gepolt nach dem „Kaputtsparen“, das beklagt wird, wenn nicht neue Schulden aufgenommen werden, nachdem alles, was der Staat einnimmt, für die Verschwendungssucht der Kaste der Minderleister draufgegangen ist.

Und so soll es auch klingen.

In dieser Terminologie sind geringere Steuern, etwa auf den Diesel für landwirtschaftliche Traktoren, Subventionen. Klimaschädliche auch noch. Als Investitionen werden die Ausgaben bezeichnet, die zufällig an Leute gehen sollen, die nichts zu bieten haben, oder auch

für das, was nötig wird, nachdem diese Leute das Gemeinwesen ruiniert haben.

ihre eigene Arbeit, mehr für die Luft, mehr für die Gerechtigkeit.

Darum werden sie in Jena nicht

viel Verständnis gefunden haben. Hier lebt man von dem Geld, das woanders erarbeitet wird und das mittels Staatskasse an die professionellen Staatstragenden fließt. Geld für Klimaaktionsplan, verdeckte Grünenfinanzierung, finanziert unter anderem von den Bauern und mittelbar von allen, die ihr Essen selbst gegenfinanzieren.

Man kann das irgendwie nennen, nur nicht Einsparungen. Verschwendungskorruption

vielleicht, dieser Begriff ist noch unverbraucht. ●



Die Landwirte sollen noch mehr bezahlen, darum geht es. Mehr für

# Ungestellte Frage an die Jenaer FDP

Die FDP hat doch eine Mitgliederumfrage gemacht zum Ausstieg aus Rotgrün. Einige ertragen es nicht mehr. Andere doch, die knappe Mehrheit derjenigen, die mitgemacht haben. Landes-Kemmerich liberalt ein bisschen gegen die Lindneri, er musste ja nach anfänglicher Begehrung zurücktreten,

damit Christian Lindner jetzt ergrünrotet. Wir erinnern uns.

Da hätte es nahegelegen, die Jenaer FDP zu fragen, wie sie abstimmt oder was sie zum Ergebnis sagt, es war nichts verlaublich worden, soweit ersichtlich.

Wir waren schon dabei, eine Anfrage zu stellen.

Aber wozu? Was, wenn sie dafür

wäre, was, wenn dagegen? Nichts. Belanglos. Obsolet, wie die FDP.

Wen interessiert es noch, was die FDP meint? Wen interessiert die FDP?

Wenn Sie doch interessiert sind zu erfahren, was die gemeint haben, sagen Sie es uns gern, dann fragen wir noch.

Aber sonst? So was von egal. ●



# Report

## Letzte allgemeine Verunsicherung

In der OTZ schrieb ein Redakteur, der auch genauso guckt wie die alle, die haben alle diesen „Unsere Leser sind noch blöder als wir“-Blick, einen Kommentar zum CDU-Grundsatzprogramm, an dem auch der Thüringer CDU-Landeschef mitgewirkt haben soll, darin nannte er diesen für seine Aussage, es müsse „darum gehen, dass Menschen sich sicher fühlen müssen“, mutig, „weil sie in den vergangenen Jahren noch dazu geführt hätte, als Rechtspopulist abgestempelt und ins politische Abseits gedrängt zu werden.“

Das ist mutig, etwas zu fordern, wofür der Staat zuständig ist, und es hätte in der vergangenen Zeit noch mehr Mut verlangt, weil es völlig unmöglich gewesen wäre, ohne komplette Ächtung zu bewirken.

Das ist, wo wir sind.

Die CDU braucht sich indes

nicht zu fürchten und niemand vor ihr; es ist gleichgültig, ob sie jetzt mit dem Sicherheitsgefühl ankommt. Die kann ja nichts. Niemand erwartet noch etwas von ihr außer vielleicht ein bisschen Sicherheits-Rhetorik, „Sicherheit

konstatiert, dass das früher so gemacht worden wäre, fragten wir bei ihm nach: „von wem? Sofern Ihnen bekannt ist, wer das getan hätte, als Rechtspopulist abzustempeln und ins politische Abseits zu drängen, bitten wir um die Ergänzung, wie sich die Zeitung zu solchen Fällen verhalten hat.“

Hat er nicht beantwortet.

Nun könnte man uns vorhalten, wir fragen doch nur zum Spaß und um Aufwand zu erzeugen, es ist doch klar, die Zeitung hat gehetzt und übel mitgemacht, und jetzt tun die Journalisten so, als hätten sie nur über den Wind berichtet, der weht.

in den Mittelpunkt rücken“ oder „Gefühl der Sicherheit nicht denen überlassen, die.“

Aber wenn der Redakteur schon

Aber es interessiert uns wirklich, ob die Journalisten vorhaben, ihre Glaubwürdigkeit auf Null zu steigern. ●



### IMPRESSUM

**Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung** seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

**Druck** Kein Druck, nur Digitalvernetzung

**Geplante Erscheinungsweise** so regelmäßig wie möglich

**Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,**

**verantwortlich im Sinne des Presserechts** der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

**Anregungen und Aufregungen** an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

**Internetseite** [www.seniorenakruetzel.blogspot.de](http://www.seniorenakruetzel.blogspot.de)

# Die verschwörungstheoretische Vorhersage, zu den Wahlen würde die Verfassung geändert, bekommt eine demokratische Grundlage. Und sogar das tun sie schlecht

Es ist schon was dran, die Thüringer Verfassung weist beim Ministerpräsidenten-Wahlverfahren etwas Interpretationsspielraum auf, der durch Kodifizierung behoben werden kann. Wie genau soll es zu verstehen sein, dass ein zurückgetretener Ministerpräsident amtierend muss, geht dann die Wahl aufs Neue los, so dass wieder eine einfache Mehrheit im dritten Wahlgang reicht? Kann man so sehen, ist aber keineswegs so unumstritten, wie getan wurde. Eine Klarstellung wäre gut.

Auch wäre zu klären, wie genau eine Wahl rückgängig gemacht werden soll. Das zuletzt angewendete Verfahren ist kein Präzedenzfall, wie das Verfassungsgericht befand.

Als bei der letzten Landtagswahl Rotrotgrün keine Mehrheit hatte und abzusehen war, dass der alternative Ramelow zwei Wahl-

gänge erfolglos würde durchsetzen müssen, holte man zur rechtlichen Absicherung ein juristisches Gutachten des Parteienexperten Professor Morlock, worin dargelegt war, dass im dritten Wahlgang auch gewählt wäre, wer weniger Ja-Stimmen als Nein-Stimmen erhalte, sogar eine einzige Ja-Stimme würde dem einzigen Kandidaten genügen, als mit einfacher Mehrheit gewählt zu gelten.

Wenn das, was der überregionalen Presse zu entnehmen ist, zutrifft, liegt auf die nächste Wahl bezogen darin eine Gefahr für die Demokratie, und der SPD-Innenminister Meier will die Verfassung ändern, damit das so nicht geschehe.

Die denken immer, dass es bei den anderen genauso läuft wie bei ihnen selbst, nur andersherum.

Die denken, dass genauso, wie sie es vorhatten, verhindert wird, dass noch ein anderer antritt. Anders kann man sich die Vorbereitungen auf diesen Fall nicht erklären, genauer gesagt, doch, kann man. Das ist so ein Ding für die Zeitung. An der Benutzeroberfläche wird die Verfassung bewerkelt, da hat die Zeitung was zum Halbspalter. Kann man sich richtig vorstellen, wie in der Zeitung steht, „Die Debatte um die Verfassungsreform gewinnt an Schwung“ von Fabian Klaus oder wie die immer heißen. Da wird vermutlich ausgewürfelt, wer damit dran



ist, die Linienmeinung zu sagen. Aber unterhalb dessen arbeitet man an der Rettung der Demokratie im Außerparlamentarischen, wie beim letzten Mal, nur besser vorbereitet. Die Zivilgesellschaft steht zusammen. Sogar das Wagenknecht-Bündnis ist so solidarisch, Probleme mit dem Wahlantritt zu haben, so dass nicht noch die zwei Prozent, mit denen die SPD über der Fünf-Prozent-Hürde liegt, eine Option haben, für die sie sich nicht genießen.

Aber wenn man schon mal die Verfassung anpasst, dann überlegen wir uns doch eine Frage, mit der wir die mal wieder so richtig dumm aussehen lassen können.

Als uns keine einfiel, nahmen wir diese, die wir an die Pressesprecherei des Innenministers richteten, nämlich: ob auch darüber beraten wird, der Ankündigung von Neuwahlen als Zusage bei einer Ministerpräsidentenwahl einen verfassungsrechtlichen Rang zu geben.

Das wäre doch was, oder?

Die werden das als Scherzfrage abgetan haben. ●





# Personen

## Aussichten, was uns demnächst regieren wird

Wie Sie vermutlich wissen, ist Jena die einzige Stadt mit zwei Akrützel; außer dem Rentnerischen gibt es noch ein Studentisches, das sich aus Gründen der Anmaßung nicht Studentisches oder Hochschulisches, sondern nur Akrützel nennt, derzeit in Kleinschrift, was angemessen ist. Es wurde in der Wendezeit gegründet als Beitrag zur Sicherung der friedlichen Revolution, davon ist nichts übrig, es ist die übliche linksbetonierte Grünbeklatschpresse, nur noch unverhohlener als bei der Mediengruppe.

Und da ist es offensichtlich zur Weihnachtstradition geworden, die kinematographische Vorführung der Feuerzangenbowle im Uni-Filmclub oder wo auch immer mit Blödhetze journalistisch zu begleiten.

Vielleicht haben Sie von dem entsprechenden Fall aus Tübingen

gehört, das ging bundesweit herum, weil man Boris Palmer kennt, dem Namen nach zumindest.

Ob es ein zentrales Kommando gibt, kann egal sein, nötig wäre keines, die sind von ganz alleine so und sozialisieren sich gegenseitig.

Das Studentische Akrützel wird vom Studentenrat bezahlt, da besteht Schlaraffenland, die meisten Studenten können sich gar nichts anderes mehr vorstellen, als dass gegen Schwarz-Weiß-Filme aus der echten NS-Zeit protestiert werden muss.

Und das von Leuten, die nicht ansatzweise in der Lage wären, einen solchen Film unter welchen Bedingungen auch immer herzustellen.

Der Kulturnihilismus ist folgerichtig. Ein beliebter Film, vor achtzig Jahren mit der damaligen

Filmförderung produziert, darf einfach nicht der Vernichtung entrissen werden.

Heinz Rühmann sagt von der Leinwand direkt ins 1944er-Publikum: Wem es gelingt, zwei Halme wachsen zu lassen, wo bisher nur einer wuchs, der ist größer als der größte Feldherr!

Größer als wer?

Richtig, der.

Das ging damals.

Und das geht nicht.

Anders als Boris Palmer verrät das Studenten-Akrützel in aller Offenheit und Ungeniertheit einen parteipolitischen Belang bei der Sache, um den es in einer freien demokratischen Gesellschaft nicht gehen dürfte. Die Aufführungsrechte hat ein Verleiher, der dem Klassenfeind zugerechnet wird. Vernetzt in die Milch-Szene. So was.

Muss boykottiert werden, ist auszugrenzen, Objekt der Bekämpfung.

Das tun die nachwachsenden Totalitärer, ohne etwas dabei zu finden.

Forschungsexperten könnten strukturelle Parallelen der angeblichen Antis zu ihrem Feindbild erkunden, aber dafür gibt es weder Drittmittel noch Aufträge zu Studien.

Und der Herr Bundespräsident wird in ihnen kaum als diejenigen bezeichnen, die unsere Demokratie angreifen. Sondern als seinen Nachwuchs. So jung, wie er auch mal war.

Man braucht nicht viel Phantasie, genaugenommen gar keine, nur Erinnerungsvermögen, um darauf gefasst zu sein, dass es irgendwann gegen die Zuschauer gehen wird. Und zwar genau dann, wenn die Machtverhältnisse es zulassen.

Wer dann noch kann, wird sich wundern. ●



# Hochstapler unter Blendern am Ende des Grünen Geschäftsmodells

Der Lokalredakteur, der den Weggang des Kulturamt-Zipfs noch bedauernd kommentierte, so passiere es, wenn man einem „klugen Kopf“, so titulierte er ihn tatsächlich, wegscheuche, indem man ihn nicht zum Dezernenten hochstuft, füllt nun Spalten mit Kommentar und Wortschwall zu der Affäre, von der man munkelt, dass der größere Teil des Eisbergs noch unter der Oberfläche schwämme. Geld und Verwandtschaften, solche Sachen, die man mit Grünen Bananen umschreibt.

Manche, so steht es in dem Artikel, meinen, da wäre ein Kulturling mit Verwaltungskram überlastet gewesen, andere meinen das nicht, Zipf selbst sieht sich als Opfer, was sonst, das ist, was er halt kann.

Dass noch nicht das Wort Provinzposse gefallen ist, liegt nicht nur daran, dass man in Jena die Provinz woanders vermutet. Zipf ist exemplarisch für die Exemplare, die das Grüne Reich generiert, wenn Geld im Überfluss nach Empfängern sucht.

Er ist genau der Blender und Hochstapler, auf den die Kaste der Blender und Hochstapler gewartet hatte. Grünwessi mit Kulturaura, nur ohne Kultur und ohne Aura.

Er verkörpert den westdeutschen Gesellschaftsvertrag, einander Respekt vorzutäuschen für nichts. Wir haben einen Kanzler, der mit so



was seine Wahlplakate beschriftete und dachte, wir wünschen, von ihm respektiert zu werden. Hat funktioniert. Er ist ein Schwindler und Blender und anscheinend der

erste, der in Verdeckungsabsicht Kanzler geworden ist, aber verdientermaßen für alle. In so einem Milieu gedeiht auch Zipf, man kann es ihm nicht einmal verübeln, er ist Opfer der gesellschaftlichen Umstände, er ist Produkt der Soziologarchie.

Der Kulturbetrieb ist das passende Biotop für solche. Niemand erinnert sich an eine kulturelle Leistung oder Erreichung von Zipf, niemand kennt jemanden, der von Zipf eine solche erwartet oder gar eingefordert hätte. Der Kulturbetrieb regeneriert sich selbst auf Kosten der Allgemeinheit, für die er eigentlich arbeiten sollte, aber was sind das wieder für überkommene Vorstellungen, die nur krude Verwundung auslösen. Der Kulturbetrieb stärkt die Zeichen und setzt Signale für die Stärkung, darüber wundert sich niemand.

Das geht so lange gut, wie Geld ins System nachgeleitet wird. Solange das Schlaraffenland sich an dekadenter Kultur ergötzt.

Wenn die Grünen eine Öko-Partei wären, hätten sie das ökologische Verständnis, dass ein Parasit den Wirt nicht vernichten darf.





Die Ampel ist das Letzte,  
aber wäre es unter den  
Bauern besser?



Mal eine Frage in die Runde, wer lässt sich eigentlich die Thüringer Kolonialzeitung überhaupt noch bieten? Es muss Leute geben, die dafür Geld bezahlen und das lesen.

Da hatte TLZ-Gerlinde eine Stadt im Nachbarbundesland für das Pech mit dem Wahlsystem bedauert, weil da eine fragwürdige Mehrheit schon zu der erforderlichen einfachen gereicht hat.

Damit beleidigt sie alle Wähler, nicht nur die des Wahlgewinners.

Aber das scheint für alle okay zu sein, Hauptsache, es werden auch alle anderen beleidigt.

Bei den Bauernprotesten macht sie es für TLZ-Verhältnisse hinterhältiger. *Berechtigte Anliegen*, klar, nicht dass es heißen könnte, die Zeitung wäre mal wieder. Ist sie aber, denn zu den unzulässigen historischen Vergleichen gesellt sie einen neuen hinzu. Die Bauern übernehmen die Protestformen der Klimajugend, blockieren Stra-

ßen und Autobahnabfahrten, alle haben ihre berechtigten Anliegen, alles ist wie alles. Mal geht es um das eine Richtige, mal um das andere. Irgendwie lästigt all das.

Die Klimajugend, Vorfeldorganisation der grünen Regierung, die das durchsetzt, was die Bauern zuerst zu den Straßenprotesten und dann in den Ruin treibt, das wird hier als gleichermaßen berechtigt auf dieselbe Ebene geschleimt.

Man lasse sich bitte nicht täuschen, diese Dummfrechheit ist Tarnung.

Es spielt wirklich keine Rolle, ob diese abgrundtiefe Verlogenheit unterhalb der Sittlichkeitsstufen Eigenleistung ist oder unter „Wir mussten ja“ fällt, dass also die Einordnung in die Klimapolitik die Konzession bildet, um überhaupt die Bauernproteste thematisieren zu dürfen. Wir nehmen mal an, nicht einmal das.

Der Hinweis auf die Formen-

gleichheit der Proteste, da ist indes etwas dran, und daran zeigt sich der Schwachpunkt. Man kann nicht die Formen der grünlinken Aktionen übernehmen, denn die sind eingebettet in das Medienergebnis und Teil der Medienmacht, und die haben die Bauern nicht. Sie haben keine Anne Will und keinen NDR und keine Luisa Neubauer, die am Abend in Anne Will sitzt und den Faktencheckern Stoff gibt.

Gleiche Berechtigung festzustellen, würde verlangen, der Sache journalistisch nachzugehen. Ja, sehr komisch, vielleicht noch im selben Ausmaß? Seitenweise Agrarexperten Alarm schlagen lassen und Hatz auf Landwirtschaftsleugner veranstalten? Als Demokratiefeind beschimpfen, wer das Recht aller auf günstige Lebensmittel angreift?

„Blockade geht immer“, heißt es da, was auch heißt: will keiner. Womit wir den Fall hätten, dass die Presse den Bauern in einem Sätzchen rechtgibt oder ein berechtigtes Interesse attestiert und sich zugleich, nicht im selben Atemzug, sondern strukturell, gegen sie positioniert. Die Leser bekommen die miese Stimmung gemacht, Blockade, so was wieder.

Bilder für Nachrichten liefern, das ist keine Öffentlichkeitsarbeit, auch nicht mit Parolen auf Schildern. Die Bauern haben zwar einen im Internet, der darlegt, was für absurde Regeln sie befolgen müssen, die von Leuten kommen, die den Pflanzen das Wachstum vorschreiben wollen, was aber wegen Regens nicht so lief, zum Beispiel. Ach, klar, Regen, das Klima. Haben wir es wieder.

Die Bauern müssten die Rundfunkanstalten und die Zeitungshäuser besetzen und eine sachliche Berichterstattung einfordern.

Und durchsetzen.

Die Redaktionen wären sehr schnell dafür.

Nebel und Brei sind nun mal der Stoff, aus dem die Zeitungen sind, so könnte man meinen, und glauben, es sei doch alles nicht weiter

von Belang; wer liest denn noch und wer glaubt denn noch, wen kümmert es, was die schreiben. Ja, das liegt nahe zu meinen, und das scheint auch ganz in der Absicht zu liegen.

Es sind eben nicht nur die Leser des einzelnen Artikels und des Blattes, die in die unklare Brühe gezogen werden, die mentale Polung ist selbstverstärkend, indem sich niemand der Nutzer daran stört und indem auch die Nichtnutzer wissen, was der Konsens geschlagen hat und wo die Linie des Sagbaren verläuft. Die Grenzen der Sprache werden in den informationsgesellschaftlichen Medien gezogen, das öffentliche Denken ist eingeeht.

Was aber noch schwerer wiegt und korrupter ist, das ist die damit gegebene Rückwirkung auf die innere politische Klasse. Die bekommt ihre Bestätigung. Manchmal mehr und manchmal noch mehr, aber immer im Einklang mit dem einen Zeitgeist, also mit ihnen und der Partei.

Es mag manchem Politiker Sorge bereiten, was die Bauern tun werden, aber was die Presse tut, macht auf jeden Fall keine. Es spielt keine Rolle, ob die dann von vielen oder wenigen gelesen wird, alle haben sonst nichts.

Bei einer demokratisch gesonnenen Presse würde die Ambition lauten: Wir müssen die Perspektive der Leser haben, sonst sagen die uns nichts mehr.

Die real existierende Presse hat etwas anderes unternommen, um die Partei als demokratisch erscheinen zu lassen, sie hat die Demokratie umgedeutet. Ohne die Verfassung zu ändern, jedenfalls nicht die Stelle mit dem Demokratieprinzip, wurde dieses durch einen anderen Begriff ausgetauscht. Wie macht man so etwas? Durch Kontrast. Begriffe existieren in Abgrenzung. Man grenzt jetzt Demokratie gegen Extremismus ab, nicht etwa gegen unkontrollierte Macht, setzt die Demokraten in das Gegensatzpaar zu den Extremisten, und schon hat man die Deutungsmacht darüber, wer Demokrat und was Demokratie sei und wer einer derjenigen, die unsere Demokratie angreifen.

Die Folge ist, dass erlaubt ist, was man sich herausnimmt, weil



man ja ins demokratische Lager gehört.

Dass hier eine totalitäre Herrschaftsform mit demokratischer Rhetorik gebildet wird, darf schon nicht mehr interpretiert werden, denn wer das tut, der stellt sich und so weiter.

Vielleicht haben die Käufer, die diesen Zeitungen Geld geben, eine wichtige Funktion, sie bewahren die Presse vor der kompletten Verstaatlichung, bei der wir alle über Demokratiegebühren diese Machtinstrumente solidarisch finanzieren müssten.

## Jenaer Impressionen





Das müssen Sie haben



Und andere  
[www.solibro.de](http://www.solibro.de)

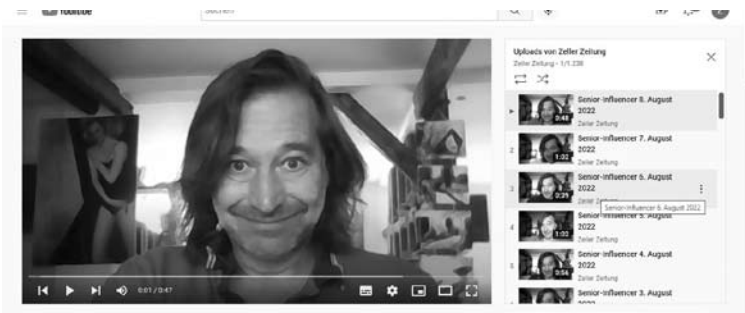
VERKAUFT



Andere sind noch da  
[www.atelierno8.de](http://www.atelierno8.de)

Kinderbuchklassiker  
**CAROLINWOMAN**  
 als kostenloses Gratis-PDF  
 zum Umsonst-Herunterladen für 0,- Euro  
 ohne Bezahlschranke  
 auf [www.zellerzeitung.de](http://www.zellerzeitung.de)  
 unten bei den Klassikern

Das müssen Sie gucken  
**Senior-Influencer**



Auf Youtube  
oder [www.zellerzeitung.de](http://www.zellerzeitung.de)



ANERKANNTER KARIKATURIST  
 ZEICHNET PORTRÄTKARIKATUREN  
 VON ALLEN GÄSTEN, DIE WOLLEN  
03641-619434 in und um Jena  
 ab 300,- €



### Weihnachtsmarkt startet in die Zwischenzeit



Die Zeit zwischen Weihnachten ist auch bekannt als die weihnachtsmarktfreie. Pünktlich zum Ende der Vorweihnachtszeit geht der Weihnachtsmarkt in die verdiente Pause. Der Zuspruch bei Groß und Klein war immens, niemand machte es sich beim Glühwein oder den vielfältigen Leckereien gemütlich ohne die Stände, die ihr Angebot bis zum nächsten Mal eingestellt haben.

### Familienministerium sperrt sich gegen Wertschätzungsbonus für alle, die arbeiten



Die Pläne des Arbeitsministers, allen, die arbeiten, einen Wertschätzungsbonus zukommen zu lassen, sind vom Tisch. Die Familienministerin sieht neue Ungerechtigkeiten und Stigmatisierung zu Lasten derjenigen, die leer ausgehen. „Den Versuch war es wert“, heißt es aus dem Arbeitsministerium.

*Auf die Frage, was denn nicht gesagt werden dürfe, haben die, die fehlende Meinungsfreiheit beklagen, keine Antwort*

## Olaf Scholz verspricht größere Ankündigungen für 2024



Manche Ironie ist so fein, dass sie nur von professionellen Kolumnenschreibern bemerkt werden kann. Derzeit ist es en vogue, das angebliche Fehlen von Meinungsfreiheit zu beklagen. Dabei würde ein Blick in die Verfassung genügen, um das Gegenteil festzustellen. Den Lackmустest aufs Exempel kann man aber anstellen, indem man ganz konkret fragt, was man denn nicht sagen darf. Da kommt vielleicht gerade noch Hass gegen die da oben, wo immer das sein soll, meistens aber: gar nichts. Die kennen das Fehlen der Meinungsfreiheit nur vom Hörensagen. Von uns haben sie es jedenfalls nicht.



„Wir stehen vor einem Jahr der gemeinsamen Herausforderungen, denen wir uns mit mehr Ankündigungen in einem neuen Ausmaß der Größe und in großem Umfang stellen, den wir erst jetzt überschauen, und wir sind jetzt in der Situation, in der wir die Ankündigungen folgen lassen“, sagte der Kanzler, der Olaf Scholz ja ist, tatsächlich, der ist Bundeskanzler, wieso das denn, und Vizekanzler ist Robert Habeck, echt jetzt, was ist denn hier los, und die FDP macht mit, Augenblick, es hat gekling